

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwirn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)  
9 15 20-15

## Inhalt

Michael Müller MdB weist die Stimmungsmache für den Transrapid zurück: Ein neuer Turmbau zu Babel.

Seite 1

Manfred Opel MdB begrüßt die Einsicht des Verteidigungsministers in das Erfordernis einer neuen Planung: Ruhe wird realistischer.

Seite 2

Otto Reschke MdB beschreibt Rechte und Pflichten der Gemeinden bei der Wohnungsverordnung: Instrumente kommunaler Politik. (Teil II)

Seite 2

Marion Caspers-Merk MdB macht auf das nächste Kapitel in der Skandal-Chronik des DSD aufmerksam: Unser Abfall und die Dritte Welt.

Seite 4

49. Jahrgang / 30

11. Februar 1994

### Ein neuer Turmbau zu Babel

Die Stimmungsmache für den Transrapid hat kein solides Fundament

Von Michael Müller MdB

Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Als ob es Wackersdorf und Kalkar, SDI oder die Milliardengräber der bemannten Weltraumfahrt nicht gegeben hätte, schlägt die Faszination der Großtechnologie erneut zu: Die Zustimmung zum Bau des Transrapids, den die Bundesregierung nächste Woche beschließen will, wird zur Existenzfrage für den Industriestandort Deutschland hochstilisiert. In Bonn wird eine Stimmung erzeugt, bei der die, die den Unsinn nicht mitmachen wollen, zu "Vaterlandsverrättern" werden.

Doch gerade bei einer derart milliardenschweren Investition, wo der Bund im großen Umfang die Finanzierung und Risiken übernehmen soll, müssen sorgfältig die Vor- und Nachteile abgewogen werden. Das unterbleibt jedoch weitgehend, die Entscheidung wird zur Ideologie.

- Die zugrunde gelegten Fahrgastprognosen liegen um ein Vielfaches über dem Aufkommen, das sich heute zwischen Hamburg und Berlin und Bahn und Flugzeug verteilt.
- Die Investitionskosten sind rund doppelt so hoch wie für den Neubau einer ICE-Strecke.
- Sowohl bei den Investitionskosten wie bei der Abdeckung der Betriebskosten liegen die (großen) finanziellen Risiken bei der öffentlichen Hand.
- Die Bahn AG, der mit der Bahnreform gerade eine neue Perspektive gegeben werden sollte, bekommt eine milliardenschwer subventionierte Konkurrenz.
- Der Energieaufwand des Transrapid ist rund 40 Prozent höher als bei der Bahn, ab Tempo 400 km/h erreicht sein Schallpegel rund 98 dBA.
- Der Transrapid kann in dichtbesiedelte Bereiche nicht einfahren. Dadurch schrumpft die Zeitersparnis von Stadtmitte zu Stadtmitte auf wenige Minuten.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Schumannstr. 2 b, 53113 Bonn  
Postfach 190167, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verpflichteter Umgang  
mit umweltfreundlichen  
Recycling-Papier



Transrapid ist möglicherweise dort ein interessantes Verkehrsmittel, wo lange Strecken zwischen (nicht durch!) dichtbesiedelten Gebieten überwunden werden sollen, für die es noch keine Schieneninfrastruktur gibt. Beides trifft für die Bundesrepublik nicht zu. Im Gegenteil: Die Chancen der Bahn würden weiter verschlechtert, ohne wirkliche Vorteile zu erreichen. Und dafür muß die öffentliche Hand jährlich allein rund 450 Millionen Mark Zuschuß aufbringen. Der Transrapid kann zu einem neuen Kapitel im dicken Buch politischer Dummheiten werden.

(-/11. Februar 1994/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### Rühe wird realistischer

**Der Verteidigungsminister hat das Erfordernis einer neuen Planung offenbar begriffen**

**Von Manfred Opel MdB**

**Mitglied des Verteidigungs-Ausschusses des Deutschen Bundestages**

Die jüngst in Bratislava gemachten Äußerungen von Verteidigungsminister Rühe erlauben den Schluß, daß auch er endlich begriffen hat, eine vollkommen neue Planung der Bundeswehr vorlegen zu müssen.

Bekanntlich ist unter Rühe der Investitionsanteil im Verteidigungshaushalt auf unter 20 Prozent abgesunken. Um die Bundeswehr auf Dauer modern auszurüsten zu können, muß der Investitionsanteil aber bei 35 Prozent liegen.

Ein geringer Investitionsanteil bedeutet im Klartext ein dramatisches Absinken der Kampfkraft der Bundeswehr. Die andauernde Planungsunsicherheit belastet über Gebühr die Verteidigungswirtschaft und verunsichert die Bundeswehrangehörigen. Da der Verteidigungshaushalt auf Dauer zehn Prozent des Bundeshaushaltes vermutlich nicht übersteigen wird, bleibt Minister Rühe nichts anderes übrig, als endlich eine realistische Strukturplanung vorzulegen. Mit seinen Ausführungen in Bratislava schwenkt Rühe auf die seit langem vorgelegten Rahmenpläne der SPD ein.

Um auch in Zukunft moderne deutsche Streitkräfte zu haben, die ihren Auftrag erfüllen können, muß die Planung endlich dem militärischen Auftrag und den finanziellen Möglichkeiten sowie den strukturellen Erfordernissen angepaßt und langfristig angelegt werden.

Die Bundesregierung ist aufgefordert, endlich eine realistische Bundeswehrplanung vorzulegen, damit die Bundeswehrangehörigen und ihre Familien sowie die Arbeitnehmer in der Verteidigungswirtschaft von gesicherten Daten ausgehen können.

(-/11. Februar 1994/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### Instrumente einer kommunalen Wohnungspolitik (Teil II)

**Rechte und Pflichten der Gemeinden**

**Von Otto Reschke MdB**

Immer mehr versucht der Bund, versuchen aber auch die Länder sich der Verantwortung gemäß Paragraph 104a Grundgesetz zu entziehen, den Wohnungsbau und Städtebau zu finanzieren. Dabei haben die Gemeinden aufgrund der gesetzlichen Rahmenbedingungen schon eine Fülle von Aufgaben in der Wohnungspolitik wahrzunehmen. Welche Instrumente den Gemeinden zur Verfügung stehen und welche kontinuierlichen Pflichtaufgaben sie nach Weisung zu erfüllen haben um die Wohnversorgung der Bevölkerung sicherzustellen, soll im Folgenden stichwortartig aufgezeigt werden.

Nachdem in Teil die Instrumente zur Versorgung von Wohnungsnotfällen und zur Sicherung preiswerter und sozialgebundener Wohnungsbestände und zur Ausweitung kommunaler Belegungs- und Verfügungsrechte in einem ersten Teil dargestellt wurden, sollen nun die Instrumente einer sozialorientierten Neubauförderung dargestellt werden.

### **3. Zur Sozialorientierten Neubauförderung**

Für die unteren Einkommens- und benachteiligten Mietergruppen bildet der Bestandserhalt preiswerter Mietwohnungsbestände das wichtigste Versorgungsreservoir. Der Bedarf an zusätzlichem Wohnraum kann dadurch jedoch nicht ausschließlich gedeckt werden. Wohnungsneubau ist nötig. Hierbei stellen sich ökologische Probleme der Zersiedlung bzw. des Baulandbedarfs, finanzielle Probleme der Neubauförderung sowie soziale Probleme der hohen Neubaumieten.

Um die Zersiedlung bzw. den Baulandbedarf in Grenzen zu halten, sollte Neubauland erst dann ausgewiesen werden, wenn die vorhandenen Potentiale der Baulückenschließung konsequent ausgenutzt sind. Dabei können sich jedoch ebenfalls ökologische und soziale Konflikte stellen. Nachverdichtung kann nämlich heißen, daß vorhandene Frei- und Gartenflächen ihren bisherigen Nutzern genommen werden, daß altlastenverseuchte Flächen beansprucht und stadtklimatisch negative Konsequenzen drohen. Derartige Konflikte zwischen zusätzlicher Verdichtung und weiterer Zersiedlung lassen sich nur konkret lösen: Sie setzen neben sorgsamem Sozial- und Umweltverträglichkeitsprüfungen im Einzelfall ein integriertes wohnungspolitisches Konzept der Kommunen voraus, das Abwägungen zwischen alternativen Lösungen zuläßt.

#### **Öffentliche Förderung für langfristige Sozialbindungen**

Aufgrund der hohen Baupreise und Neubaumieten kommen freifinanzierte Neubauwohnungen für die einkommensschwachen Mietergruppen nicht in Betracht. Das gilt auch für öffentlich geförderten Neubauwohnungen im 2. und im 3. Förderweg mit besonders kurzen Bindungsfristen und hohen Mietsteigerungen.

Zahlreiche Städte weisen dennoch bevorzugt Eigenheimbauflächen aus und setzen ihre kommunale Spitzenfinanzierung für den 2. und 3. Förderweg ein, unter Hinweis auf knappe Finanzen und auf die höhere Eigenleistung und Zahlungsfähigkeit der damit geförderten Bewohnergruppen und verweisen auf den sog. "Sickereffekt" der frei werdenden Mietwohnungen. Zahlreiche Untersuchungen belegen jedoch, daß die Kette der Sickereffekte rasch abbricht und nicht greift.

Daraus folgt für eine kommunale Wohnungspolitik:

1. Solange die Wohnungsengpässe bestehen, sollten weniger neue Flächen für Eigenheimbau ausgewiesen und geprüft werden, inwieweit vorhandene für den sozialen Wohnungsbau umgewidmet werden können.
2. Neue Wohnbauflächen und kommunale Vergünstigungen sollten u.a. an solche Träger vergeben werden, die Sozialwohnungen im 1. Förderweg errichten und sich zu langfristigen Sozial- und Belegungsbindungen verpflichten.
3. Das weitgehend 'vergessene' Instrument des kommunalen Eigenbaus ist wieder aufzugreifen, um damit wohnungsreformerische Prinzipien zu verfolgen, dauerhafte Sozialbindungen und mittelfristig wichtige kommunale Reserven zur Versorgung von Wohnungsnotfällen zu schaffen.

(-/11. Februar 1994/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**Unser Abfall und die Dritte Welt**  
**Das nächste Kapitel in der Skandal-Chronik des DSD**

**Von Marlon Caspere-Merk MdB**  
**Stellvertretende umweltpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion**

Das Duale System Deutschland (DSD) wird in Zukunft wohl in verstärktem Maß seine sogenannten Wertstoffe in die Länder der Dritten Welt exportieren. Dies jedenfalls ergibt sich fast zwingend aus dem Umstand, daß das DSD sich gegenüber dem Bundesumweltministerium verpflichtet haben soll, seit dem 1. Januar 1994 keine Materialien mehr in die Länder der Europäischen Union (EU) zu exportieren. Nähere Umstände werde ich durch Fragen an die Bundesregierung klären.

Das nächste Kapitel in der Skandal-Chronik des DSD bahnt sich an. Denn fest steht jedenfalls, daß es ein Selbstbeschränkungsabkommen gibt. Fest steht auch, daß es keine neuen Verwertungskapazitäten in Deutschland gibt. Wenn also nicht mehr in die Länder der EU exportiert wird, wohin dann, wenn nicht in die Länder der Dritten Welt?

Zur Erinnerung: Mit seinen massenhaften Exporten hat das DSD sich in Europa und der Welt keine Freunde gemacht. Mit seinen von den Verbraucherinnen und Verbrauchern in Deutschland bezahlten "Werkstoffen" zerschlug das DSD in fast allen europäischen Ländern die Ansätze von Recyclingmärkten, weil es sich nicht mehr lohnte im eigenen Land zu sammeln. Daraus kann man ungefähr die Größenordnung der Exporte erahnen. Die Quittung für dieses Verhalten bekam Minister Töpfer bei den Verhandlungen zur europäischen Verpackungsrichtlinie, bei denen er sich mit seinen Vorschlägen nicht durchsetzen konnte. Da hielt ihm seine Kollegen nämlich vor, daß er die auf den ersten Blick hohen deutschen Recyclingquoten nur auf dem Rücken der europäischen Partner erzielen könne.

Die EU konnte ihr Problem mit dem DSD offensichtlich lösen, die Zeche zahlt wieder einmal die Dritte Welt. Alle negativen Auswirkungen eines Exportes, die für die Länder der EU gelten, gelten auch für die Länder der Dritten Welt. Weitere "Gegenargumente" kommen unter ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkten hinzu. Lange Transportwege mit entsprechenden Kosten, Unsicherheit hinsichtlich der Qualität von Verwertung und Entsorgung und so gut wie nicht vorhandene Kontrollmöglichkeiten zum tatsächlichen Verbleib der DSD-Materialien seien als Stichworte genannt.

Das scheint das Umweltministerium aber nicht zu stören. Was den europäischen Partnern teuer ist, braucht den Ländern der Dritten Welt noch lange nicht billig zu sein. Das Bemühen, Verwertung um jeden Preis vorzuweisen, damit das DSD nicht wieder grundsätzlich ins Gerede kommt, hat offenbar das Denken in ethischen und moralischen Kriterien ausgeschaltet. Denn hier wird einfach zweierlei Maß angelegt. Die Europäer können sich wehren. Arm wie sie sind, haben die Länder der Dritten Welt solche Möglichkeiten nicht; es darf nicht wundern, wenn angesichts solcher Praktiken der Vorwurf des Neo-Kolonialismus wieder erhoben werden wird.

Die ist der eigentliche Skandal. Daß im Bundesumweltministerium wenigstens so etwas wie ein Rest an schlechtem Gewissen vorhanden sein muß, zeigt der Umstand, daß man über das Selbstbeschränkungsabkommen nicht informiert hat. Hier liegt dann aber auch gleich der nächste Skandal. Weder wurde das Parlament in Kenntnis gesetzt, noch die Bundesländer. Die sind aber nach geltendem Recht ausdrücklich zuständig für die Kontrolle des DSD. Man stelle sich vor: drei Monate nach Abkommensunterzeichnung und sechs Wochen nach Inkrafttreten erfahren die zuständigen Landesbehörden beiläufig, daß bestimmte Kontrollen eigentlich überflüssig sind.

In ihrer Antwort auf meine Anfragen wird die Bundesregierung einiges zu erklären haben.

(-/11. Februar 1994/rs/ks)

\*\*\*\*\*